



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 84834 - 33

Fernschreiber 8886890

P/XIII/211 - 17. September 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	Proteste allein genügen nicht Zur bevorstehenden Bundestagssitzung in Berlin	36
2 - 3	Keine Winterwahlen in Grossbritannien Abwarten ist besser als reinknallen	66
4 - 5	CDU und Gewerkschaftsführung - Herr Arnögen rutschte aus Ein Interview vom Metallarbeiterkongress in Nürnberg	69
6	Bestrafte Massenfanatiker Lehre für deutsche Gerichte	26
6	Merkwürdige Kommunistenfeindschaft der CDU Auch in Kiel Streit um "unabhängige" Kandidaten	22

* * * * *
* * * * *

Proteste allein genügen nicht

sp - Es ist zu begrüßen, daß sich die Fraktionen des Bundestages geeinigt haben, in Form einer Großen Anfrage zum Flüchtlingsproblem in der Berliner Sitzung des Parlaments Stellung zu nehmen. Der Bundestag hat die Verpflichtung, immer wieder und besonders in Berlin die Weltöffentlichkeit auf alle Auswüchse der Spaltung Deutschlands hinzuweisen; er hat aber auch die Verpflichtung stets drängend zu mahnen, daß neue Wege zur Überwindung dieser Spaltung gesucht und gefunden werden müssen.

Wie es heißt, soll versucht werden, den ganzen Fragenkomplex in Form einer gemeinsamen EntschlieÙung aller Fraktionen des Bundestages anzusprechen. Soweit ist alles in Ordnung, und selbstverständlich wird die sozialdemokratische Fraktion alle Maßnahmen der Bundesregierung unterstützen, die geeignet sind, einmal den Flüchtlingen zu helfen, zum anderen aber auch den Ursachen des Flüchtlingsstromes auf den Grund zu gehen.

Eine solche gemeinsame EntschlieÙung darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Sozialdemokratische Partei und mit ihr die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion die bisherige Wiedervereinigungspolitik der Bundesregierung - soweit es eine solche dem Namen nach gibt - für unzulänglich hält.

Es besteht keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß die Deutschlandpolitik der Sowjetunion zu einem großen Teil zu der jetzigen Situation geführt hat. Diese Feststellung besagt aber nicht, daß von der Bundesregierung und von den Westmächten bisher alles getan wurde, um in der Wiedervereinigungsfrage einen Schritt vorankommen zu können. Die falsche Politik Moskaus gegenüber Deutschland ist kein Freipaß für mangelnde Phantasie und Aktivität im westlichen Lager, zu dem geistig und jetzt auch militärisch die Bundesrepublik gehört.

Es wird deshalb von entscheidender Bedeutung sein, ob die EntschlieÙung konkrete Hinweise für eine aktive Wiedervereinigungspolitik enthält. Der Entwurf wird sicher wenige Tage vor der am 1. Oktober in Berlin stattfindenden Bundestagssitzung vorliegen. Da auch die Führungsgremien der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am Vortag der Bundestagssitzung ebenfalls in Berlin zusammentreten, werden sie dazu Stellung nehmen können.

Keine Winterwahlen in Grossbritannien

E. A. - London

Die britische Regierung hat sich, wie Premierminister Macmillan in einer Ansprache in seinem Wahlkreis erklärte, gegen Parlamentsneuwahlen in diesem Herbst oder Winter entschieden. Viele Beobachter in London haben sich davon überraschen lassen. In der konservativen Partei wollten viele das Eisen schmieden, solange es heiss ist. Sie trauten den verschiedenen Meinungsbefragungen, die im August den Tories und Macmillan die klare Führung über die Opposition bescheinigt hatten, heute hören sie aus dem Munde ihrer Führung, dass sie aus patriotischen Gründen von ihrer augenblicklichen Popularität keinen unziemlichen Gebrauch machen wollen. Solche hochtrabenden Moralisierungen klingen gut, sie sind aber einer politischen Partei als treibende Beweggründe kaum zuzutrauen. Richtiger dürfte es sein, dass Macmillan und seine intimen Berater die dunklen Schatten realistischer einschätzen, die über ihre vorübergehende Popularität fallen. So haben sie beschlossen, dass Abwarten besser ist als Reinfallen.

Die unmittelbare Bedrohung für die Beliebtheit des Premierministers entspringt aus dem Donnerrollen über Quemoy und die bisher unverständliche Haltung der britischen Regierung. Seit den Tagen Eden war es eine Binsenweisheit gewesen, dass nach britischer Ansicht Quemoy, Matsu und die anderen chinesischen Küsteninseln zum Territorium der chinesischen Volksrepublik gehören und eines Tages, je eher desto besser, an Peking fallen müssen. Daher schlug vor wenigen Tagen ein Artikel Randolph Churchills "Macmillan wird Ika zur Seite stehen", wie eine Bombe ein. Der Sohn Sir Winston hatte am Vortage Macmillan aufgesucht und plauderte unbekümmert, wie es seine Art ist, aus der Schule.

Drei Dementis in zwei Tagen haben den Eindruck des Artikels nicht verwischen können. Macmillans Pressechef erklärte: "Grossbritannien hat keinerlei Abmachungen hinsichtlich der Situation im Fernen

Osten mit den Vereinigten Staaten". Tags darauf erklärte ein Sprecher des Foreign Office: "Es besteht keinerlei britische Verpflichtung, militärische Aktionen zur Verteidigung von Quemoy, Matsu oder Formosa zu ergreifen". Am gleichen Abend verkündete Macmillan seinen Wählern: "Die amerikanische Regierung hat Versprechungen britischen Beistandes im Falle eines Krieges wegen der Küsteninseln weder nachgesucht noch erhalten".

Das klang alles sehr kategorisch, klärte aber den entscheidenden Punkt nicht auf, was die britische Regierung tue, um den Ausbruch eines Krieges um Quemoy, in den über kurz oder lang die ganze westliche Welt hineingezogen werden muss, zu vermeiden. Zwar haben die britischen Diplomaten in Peking zur Mässigung gemahnt, in Washington aber nicht. Die Vereinigten Staaten glauben sich auf Grund des Meinungsaustauschs mit London zu der Annahme berechtigt, dass Grossbritannien sie im Fernostkonflikt zwar nicht militärisch, wohl aber politisch, moralisch und diplomatisch unterstützt, ohne Rücksicht darauf, wohin eine solche Unterstützung in weiterer Sicht führen muss. Diese Haltung der britischen Regierung ist grundverschieden von der Politik Anthony Edens - gar nicht zu reden von der Attlees im Koreakonflikt. Die englischen Politiker kommen jetzt nach und nach aus den Ferien nach London zurück und die Szene ist vorbereitet, auf der sich dramatische Ausstritte wegen einer doppeldeutigen Fernostpolitik abspielen können. Auch unbequeme Fragen über die Heimführung der 4000 britischen Soldaten, die noch immer im jordanischen Sande über die Sicherheit König Hussein wachen, sind zu erwarten.

Die anderen Beweggründe, Neuwahlen trotz günstiger Vorzeichen zu verschieben, entspringen innerpolitischen Beweggründen. Ein Herbst und Winter mit einer verdoppelten Arbeitslosenziffer und einer stagnierenden Industrieproduktion wird den Tories keine neuen Anhänger zuführen. Stillschweigend hat die britische Regierung bereits einige Restriktionen, die die Produktionsausdehnung hemmen, um Konsum und Preise niedrig zu halten, fallen gelassen. Wenn man damit weiter geht, so lässt sich vielleicht für den Frühling ein günstigeres Klima für Wirtschaft und Wählergunst schaffen.

CDU und Gewerkschaftsführung - Herr Arndgen rutschte aus

Herr Arndgen, MdB in der CDU-Fraktion, den seine Partei als Renommierarbeitnehmer zur Begrüssung der Metallarbeiter auf den 5. Gewerkschaftstag in Nürnberg entsandte, hat den Auftrag seiner Partei schlecht erfüllt. Den Auftrag nämlich, die Ansprüche der CDU auf massgebliche Beteiligung an der Gewerkschaftsführung zu vertreten. Entgegen allen Gepflogenheiten des Anstandes als Gast forderte er den Kongress in seiner Begrüssung mit folgender Feststellung heraus:

"Von den Gewerkschaften, die dem DGB angehören, gehören meines Wissens alle Vorsitzenden einer einzigen Partei an. Das, meine verehrten Kollegen, wird von politisch anders eingestellten Mitgliedern in Sachen parteipolitischer Beeinflussung in gewissen Sinne gemessen und gewertet!"

Unser in Nürnberg anwesendes rd-Redaktionsmitglied fragte daraufhin führende Gewerkschafter und Gäste:

"Sie haben bei der Eröffnung und Begrüssung des 5. Gewerkschaftstages der IG Metall die Klage des Vertreters der Christlich-Demokratischen Union, Herrn Josef Arndgen, gehört. Was ist Ihre Meinung zu dieser Stellungnahme?"

Antwort von Adolf Kummernuss, 1. Vorsitzender der Gewerkschaft

"Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr":

"Bei der Gründung der einzelnen Gewerkschaften ist mir kein Fall bekannt geworden, dass sich ein früherer christlicher Kollege um die Funktion eines 1. Vorsitzenden beworben hat. Aber darüber hinaus wundere ich mich über die zum Ausdruck gekommene Auffassung über die Demokratie.

Welche Gewerkschaft wäre wohl bereit, einen Funktionär nach seinem Parteibuch auszusuchen? Denn Christen sind doch wohl fast alle 16 Vorsitzende. Ich sehe in den Ausführungen des Kollegen Arndgen den Wunsch, die Demokratie in den Gewerkschaften so zu lenken, dass seine Partei (CDU) einen grösseren politischen Einfluss bekommt."

Antwort von Alois Wöhrle, 2. Vorsitzender der IG Metall:

"Die CDU kann nicht mehr Toleranz von den Vertretungskörperschaften der Gewerkschaftsmitglieder, den Gewerkschaftskongressen, die souverän entscheiden, verlangen, als ihrem Stärkeverhältnis unter den

Mitgliedern entspricht. Das ist in einer Demokratie nicht anders. Ein Zeichen dieser gewerkschaftlichen Toleranz ist, dass Mitglieder der CDU in allen Gewerkschaftsvorständen vertreten sind, mitgewählt von den vorwiegend sozialistischen Delegierten der Kongresse. Sie kann nicht erwarten, dass diese Delegierten auch noch bereit wären, die Vorsitzenden der Gewerkschaften nach einem parteipolitischen Proporz auszuhandeln. Das wäre undemokratisch, gegen die Souveränität der Gewerkschaftskongresse gerichtet, und hätte den Beigeschmack der Praktiken der Staatsparteien in totalitären Staaten."

Antwort von Henry Lillich, Bad Boll, Leiter der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Arbeiterfragen:

"Entscheidend ist bei der Beurteilung von Vorsitzenden einer Gewerkschaft nicht ihr Parteibuch, sondern ihre tatsächliche Unabhängigkeit bei der Verfolgung gewerkschaftlicher Ziele gegenüber jeder Regierung und jeder Partei. Im übrigen wird die Haltung der Gewerkschaften gegenüber den Regierungsparteien nicht zuletzt von Verhalten der Regierung selbst bestimmt. Darüber hätte ich lieber etwas gehört, als die zitierte Behauptung, die übrigens sachlich falsch ist."

Antwort von Hesselbach, Direktor der Hessischen Landeszentralbank, Frankfurt/Main:

"Da Kollege Arndgen die Organisation des DGB genau kennt, können seine Worte leider nur als bewusst polemische Äusserung gewertet werden. Kollege Arndgen weiss, dass die 16 im DGB zusammengeschlossenen, selbständigen und unabhängigen Gewerkschaften ihre Vorsitzenden auf Gewerkschaftstagen in demokratischer Weise wählen. Es entscheidet weder ein Zuteilungsschlüssel noch ein Parteibuch, sondern lediglich der Wille der Mitglieder und ihr Vertrauen in die Kraft und Erfahrung einer Persönlichkeit. Kollege Arndgen weiss ferner, dass der 2. Vorsitzende des DGB seiner Partei angehört und dass auch in weiteren massgeblichen Stellen des DGB und den 16 Gewerkschaften und in anderen von den Gewerkschaften beeinflussten Bereichen eine grosse Anzahl ehemaliger christlicher Gewerkschafter und Mitglieder seiner Partei Aufgaben und Einflüsse haben und unbeeinträchtigt ihren politischen Vorstellungen entsprechend leben und handeln können."

Bestrafte Rassenfanatiker

ler - In der mittelenglischen Stadt Nottingham und im Londoner Stadtteil Nottinghill war es kürzlich zu schweren Ausschreitungen gegen Farbige gekommen. Häuser und Gaststätten von Menschen nicht weisser Hautfarbe wurden demoliert, ihre Bewohner tätlich - zum Teil mit schweren Folgen - angegriffen. Ganz England empörte sich darüber, denn solche Ausbrüche eines aufgepeitschten Rassenwahns hatten die Briten auf ihrem Boden noch nicht erlebt. Die führenden Zeitungen verlangten ein scharfes Einschreiten. Jeder gesittete Brit empfand den Überfall auf Farbige, die zum grossen Teil auch Bürger ihres Landes sind, als einen Schlag ins eigene Gesicht und als nationale Schande. Der Zusammenhalt des britischen Commonwealth beruht auf der gleichberechtigten Anerkennung aller Rassen und Religionen.

Die britischen Gerichte haben nun scharf durchgegriffen. Die aufgetretten meist jugendlichen Rowdies wurden zu für britische Verhältnisse ungewöhnlich hohen Gefängnisstrafen verurteilt und damit die Bereitschaft bekundet, jeder Art von Rassenfanatismus zu begegnen, wo immer er auch auftritt und wer immer ihm unterliegt. Vielleicht liessen sich die britischen Richter bei ihrem Urteilspruch von den Erinnerungen an das Dritte Reich leiten, das mit Verfolgungen gegen Menschen anderer Rassen in Blut und Verbrechen versank.

Sollten sich die Gerichte in der neuen deutschen Demokratie an dieser Haltung nicht ein Beispiel nehmen? Mehr als bei den Briten gilt bei uns die Wahrheit: Wehret den Anfängen! Man hat den Eindruck, dass deutsche Gerichte dieser Wahrheit nicht immer Genüge tun, denn Friedhofschänder und Rassenhetzer kommen bei uns oft mit allzu leichten Strafen davon.

+ + +

Merkwürdige Kommunistenfeindschaft der CDU

sp - In Schleswig-Holstein, das am 28. September seinen Landtag neu zu wählen hat, wiederholt sich das gleiche Spiel wie seinerzeit bei der Kandidatenaufstellung für die Düsseldorfer Landesvertretung. Die Kommunisten, als politische Partei verboten, suchen durch die Aufstellung von "unabhängigen" Kandidaten auch in Schleswig-Holstein wieder zum Zuge zu kommen. Sie finden dabei die Unterstützung und das Wohlwollen der CDU, die solches Vorhaben fördert und ein offenes Ohr für kommunistische Infiltrationsbemühungen hat. Das Verlangen der Sozialdemokratie, solche Kandidaten nicht zuzulassen, da sie offen das Programm der illegalen KPD propagieren, wurde von den christlichen Demokraten abgewiesen.

Man braucht nicht lange nach den Gründen eines solchen Verhaltens zu suchen. Die CDU, über alle staatspolitischen Bedenken hinweggehend und parteischäbige Gesichtspunkte in den Vordergrund schiebend, erhofft sich durch als "unabhängig" getarnte Kommunisten eine Schwächung der Sozialdemokraten. Diese Rechnung ging zwar in Nordrhein-Westfalen nicht auf, sie wird auch in Schleswig-Holstein nicht aufgehen, aber sie beweist immerhin die Bodenlosigkeit einer Partei, die vorgibt, die Kommunisten auf allen Ebenen zu bekämpfen und der Sozialdemokratie vorwirft, Wegbereiter des Bolschewismus und des Untergangs Deutschlands zu sein. Für die CDU sind bei Wahlkämpfen deutsche Kommunisten recht willkommenes Bundesgenossen, man unschwärmt sie geradezu - Welch schäbige Heuchelei der Kanzlerpartei!

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel